

Berliner Tageblatt



Nr. 430

und Handels-Zeitung

Dienstag, 11. September 1923

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Eine Rede des englischen Delegationsführers in Genf.

Cushendun über Abrüstung

Enttäuschung über die langsamen Fortschritte. — Das englisch-französische Kompromiss. — Der Relativitätswert der Kriegsmittel.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

GENF, 11. September.

In der heutigen Vormittagsitzung sprach zunächst in der Generaldebatte der Vertreter der Tschechoslowakei, Husky, der sich gegen die Schaffung einer ständigen Inhaberheitenkommission wandte, sowie der Südafrikaner Smith, der die Einberufung der Abrüstungskonferenz begrüßte. Sodann ergriff der Vertreter Grossbritannien's, Lord Cushendun, das Wort. Cushendun spricht zum ersten Male in der Versammlung und wird mit lebhaftem Beifall empfangen, als seine hohe, massive Gestalt auf dem Rednerpult erscheint.

Er beginnt mit der Feststellung, dass die bisherige Debatte weit Interessengebiete umfasse und sich auf eine grosse Anzahl wichtiger internationaler Fragen erstreckt habe, aber keine sei von so grossem Interesse wie die Abrüstungsfrage, deren Bedeutung kaum überschätzt werden könne. Als Mitglied der vorbereitenden Abrüstungskommission habe er ein sympathisches Verständnis für die

Enttäuschung über die Langsamkeit des Fortschritts,

die der deutsche Reichskanzler in seiner Rede ausgedrückt habe. Er teile diese Enttäuschung und sei sicher, dass auch andere Kommissionsmitglieder so dächten. Aber vielleicht habe der Kanzler doch die Art der Schwierigkeiten, mit denen die Kommission zu kämpfen habe, nicht vollumfänglich gewürdigt. Der Reichskanzler habe gesagt, es sei die dringendste Aufgabe der Versammlung, einen Beschluss zu fassen, der die Hoffnungen auf Abrüstung in Wirklichkeit verwandle. Er könne dieser Auffassung nicht beipflichten. Kein Beschluss der Versammlung könne diese Wirkung haben. Eine Entschliessung der Versammlung könne nur den Wunsch nach Abschluss der Arbeiten und die Enttäuschung, dass sie noch nicht vollendet seien, zum Ausdruck bringen. Alle wüssten, dass die Versammlung zu Abschluss wünsche. Die vorbereitende Kommission hege denselben Wunsch. Es handle sich nicht um einen Versammlungsbeschluss, sondern um praktische, detaillierte Arbeit. Man müsse im Auge behalten, dass Artikel 8 die Herabsetzung der Rüstungen auf das mit der nationalen Sicherheit und den internationalen Verpflichtungen zu vereinbarende Maximum wünsche. Hierüber müsse jeder Staat selbst urteilen und das gerade ausreichende Rüstungsmass feststellen. Das sei sehr schwierig. Es kämen die Schwierigkeiten hinzu, dass man die verschiedenen Rüstungen nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen könne. Der Relativitätswert der Kriegsmittel sei verschieden. Die Auffassung jedes Staates werde durch seine besonderen Interessen, seine Verhältnisse und seine geographische Lage bestimmt. Hierüber müsse man sich verständigen. Wenn sich einzelne Staaten darüber einigten, so könne ein solches Kompromiss für andere Staaten, die daran interessiert seien, unannehmbar erscheinen. Dann erfordere das Werk viel Geduld. In dem aufrichtigen Wunsche aller Kommissionsmitglieder, in einem Erfolge zu gelangen, könne nicht gezweifelt werden. Er bitte den Kanzler zu, in dem, was er über den kritischen Charakter der Situation gesagt habe, sowie in dem Ausdruck der Enttäuschung über die Langsamkeit der Fortschritte.

Aber, fuhr Cushendun fort, man dürfe nicht vergessen, dass wenn ein Erfolg erzielt worden seien und es sei durchaus falsch, wenn man am endgültigen Erfolg zweifeln wolle. Grossbritannien habe, obwohl noch kein gemeinsamer Entwurf zu einem Abrüstungsabkommen vorliege, bereits in weitgehendem

Masse seine Rüstungen vermindert, so habe es z. B. zwischen dem Juli 1914 und Januar d. J. sein Flottenpersonal um über 43 000 Mann herabgesetzt, während das Gesamtpersonal 1914 102 000 Mann betragen habe. In derselben Periode habe es 249 Schiffe aus der Flotte gestrichen und 847 000 Tonnen abgerüstet. Seit dem Friedensschluss sei die Herabsetzung noch viel grösser. Seit dem Kriege habe Grossbritannien die Zahl der Wertarbeiter um über 10 000 Mann herabgesetzt, zwei Arsenalen aufgehoben und zwei nur zur Reparaturarbeiten aufrecht erhalten. Dies sei schon ein grosser Fortschritt. Der Redner gedenkt sodann der neuen grossen Abrüstungsarbeiten, die der moderne Luft- und Gaskrieg schaffe, da die Flugzeuge sowohl zu Friedens- wie zu Kriegszwecken benutzt werden könnten. Es werde schwierig sein, ihre Herstellung zu beschränken, da der Weltmarkt und der Weltverkehr eine ungleich grosse Vermehrung notwendig machen. Er fährt fort: Er versichere, dass es der aufrichtigste Wille der britischen Regierung sei, die Verpflichtungen des Paktes auszuführen und den Boden für die gemeinsame Abrüstung vorzubereiten. Aus diesem Grunde habe sich die

britische Regierung bemüht, sich mit der französischen Regierung über die Grundsätze der Abrüstung zu verständigen. Nach langem Mühen sei durch gegenseitige Zugeständnisse das Kompromiss zustande gekommen.

Ein gemeinsames Vorgehen zur Abrüstung hänge davon ab, dass man die bestehenden Einzelgegensätze nach und nach beseitige. Er sei überzeugt, dass man auch zur allgemeinen Verständigung gelangen werde, wenn man einander Vertrauen bewähre. Der Redner nimmt sodann Bezug auf Briands gestrige Ausführungen und betont, er habe besonders den Passus bewundert, in dem Briand den Friedensgeist als eine Blume bezeichnet habe, die man nicht wecken lassen dürfe. Man müsse diese Blume mit dem Vertrauen nähren, mit dem Vertrauen in den Fortschritt und in die gegenseitige Aufrichtigkeit. Das Misstrauen zwischen den Nationen müsse schwinden. Man müsse Vertrauen zueinander fühlen und es beweisen. Dies werden die Ergebnisse der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes sein. Er zweifle nicht, dass dieses Ereignis einen bedeutsamen Ansporn zur internationalen Abrüstung geben werde. Man dürfe jedoch nicht enttäuscht sein, wenn die Gesamtwirkung nicht unmittelbar hervortreten werde. Er sei überzeugt, dass der

Kellogg-Pakt eine neue Aera einleiten

werde, und dass das Prinzip, den Krieg nur in der gerechten Selbstverteidigung zuzulassen und ihn als heroisches Abenteuer der Nationen zu verwerfen, sich durchsetzen werde. Die Rüstungen würden dann nur als ein kostspieliger Anachronismus betrachtet werden. (Beifall.) Wenn diese Grundsätze auch nur teilweise verwirklicht würden, werde das Jahr 1923 ein Jahr allgemeiner Arbeit für die Zukunft bilden. Niemals vorher hätten die Menschen eine gemeinsame Anstrengung zur Verwirklichung dieses Friedensideals gemacht. Der Kellogg-Pakt in Harmonie mit dem Völkerbund sei die Hoffnung der nächsten Zukunft. Er werde einen neuen Wertmassstab schaffen, indem eine neue Entwicklung angeknüpft würde, und die Schöpfer des Kellogg-Paktes würden dann zu den grossen Wohltätern der Menschheit gezählt werden. Die Rede, in der der britische Vertreter in der ihm eigenen gemessenen und ruhigen Weise die britischen Grundsätze für das Abrüstungswerk auseinandersetze, und die keinerlei Ueberraschungen bot, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Herr Briands schwache Stunde.

Von Josef Schwab.

Von dem französischen Aussenminister ist bekannt, und er ist vielleicht auch ein wenig stolz darauf, dass er, von ganz seltenen Fällen abgesehen, auch seine wichtigsten politischen Reden ganz aus dem Stegreif hält. Seine rhetorische Begabung ist sehr gross, ihr Eindruck auf die Zuhörerschaft hat wohl noch nie versagt, und in allen Fällen fühlte sich Briand seiner Aufgabe gewachsen und der Erreichung seines Zieles sicher als Meister des Wortes und als Meister seiner selbst. Seine Reden sind denn auch immer als grosse Aktion der französischen Politik in die Welt hinausgegangen, und nach ihrer Beendigung hat sich der Minister der von ihm sehr geliebten stillen Musse hingegen, wie ein Schauspieler nach Schluss der Vorstellung und wohl geerntetem Applaus. Gestern ist es anders gewesen. Der Applaus, wenn auch nicht ungeteilt, ist nicht ausgeblieben, aber die Ruhe blieb aus und die Befriedigung bei dem Redner selbst. Der Empfang der Weltpresse durch den Minister, in dem er allem Wesentlichen, was er gesagt hatte, in grösster Eilfertigkeit eine etwas abschwächende Erklärung gab, ist ein ziemlich ungewöhnlicher Vorgang. Die Tatsache, dass Briand von der entschiedenen Ablehnung seiner Rede, nicht allein bei der deutschen Delegation, sondern auch darüber hinaus, überrascht war, und dass er es für notwendig fand, den fatalen Eindruck ein wenig zu korrigieren, ist unverkennbar. Aber zurückgenommen hat Briand eigentlich nichts, von dem was er gesagt hat, und wenn man sich überlegt, wie man zu den beiden aufeinander gefolgten Darlegungen sich stellen soll, wird man, Herr Briand muss das begreiflich finden, den Eindruck des „qui s'excuse s'accuse“ nicht los.

Der französische Minister wird selbst das Gefühl dafür haben, dass er in seiner gestrigen Rede vor der Völkerbundsversammlung gegenüber Deutschland in einem Tone gesprochen hat, wie er seit Jahr und Tag von keinem alliierten Minister gegenüber dem gleichberechtigten Völkerbundgenossen und dem Mitunterzeichner des Locarno-Paktes und des Kellogg-Paktes angewandt worden ist. Es ist ihm natürlich genau bekannt, dass, wenn irgendetwas in der Politik das Wort gilt, dass es der Ton ist, der die Musik macht, und darum ist schwer einzusehen, wie die ungeheure Verstimmung, die er gestern in das Genfer Konzert gebracht hat, wieder gutgemacht werden soll. Es herrscht ja wohl allgemeines Erstaunen darüber, dass Herr Briand in der Abrüstungsfrage und in der Behandlung des Minderheitenproblems zu den alten und verstaubten Argumenten gegriffen hat, die man von französischen Generalen, von dem mit ihnen zusammenarbeitenden Paul-Boncour und von den ausgesprochensten militaristischen und imperialistischen Reaktionen in ewiger Wiederholung so oft gehört hat. Aber das ist es nicht allein, was die Erregung und was die Besorgnisse in Deutschland hervorruft. Wir wissen längst, dass die Abwehrmauer, die man um die Abrüstungsbestimmungen des Völkerbunds paktes errichtet hat, nur in langsamen und immer wiederholten Rammstössen niedergeworfen werden kann, und wir wündern uns gar nicht, dass aus dem Lager der alliierten Regierungen nach dem sehr starken und günstigen Eindruck, den die ruhigen, logischen Feststellungen des deutschen Reichskanzlers fast überall, sogar bei der französischen Presse gemacht haben, eine erneute Gegenaktion kommt. Nur dass gerade der französische Minister ist, der scheinbar am eifrigsten bisher an der deutsch-französischen Verständigung mitgewirkt hat, sich zu diesem neuen Versuch einer Erhöhung der Barriere hergab, könnte überraschen. Aber mehr doch, wie gesagt, nicht dieses einzelne Moment seiner Rede, dessen innere Schwäche einem so klugen Kopfe wie Briand keineswegs verborgen sein kann, sondern der Gesamton, die gesamte Tendenz seiner Rede, die einen anderen Briand, als den uns in den letzten Jahren vorgestellt.

Wenn diejenigen recht haben, die der Meinung sind, dass die neuen englisch-französischen Flottenabmachungen mit ihrem unverkennbaren politischen Drum und Dran die Wurzel der schon länger fühlbaren Versteifung in dem deutsch-französischen Verhältnis sind, dann muss es Herrn Briand besonders peinlich sein, dass gerade der Korrespondent des Reuterschen Bureaus den Eindruck konstatiert, „der französische Aussenminister habe sich von seiner eigenen Beredsamkeit fortreisen lassen und Dinge gesagt, die er nicht zu sagen beabsichtigte“. Was

Heute Rheinland-Konferenz.

Die erste Aussprache über die Räumungsfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

GENF, 11. September.

Heute nachmittag um 5 Uhr findet im Hotel „Beau Rivage“ die erste Aussprache zwischen Vertretern Deutschlands, Grossbritannien's, Frankreichs und Italiens in der Räumungsfrage statt. Von deutscher Seite nehmen der Reichskanzler und Staatssekretär von Schubert daran teil. Ferner nehmen an der Aussprache teil: Lord Cushendun, Briand, Scialoja und Hymans. Der Reichs-

kanzler wird noch einmal den deutschen Standpunkt eingehend darlegen und dabei zweifellos erklären, dass die Reichsregierung sich auf eine Verknüpfung der Räumungsmassnahmen mit der Reparations- und Schuldenfrage nicht einlassen könne. Möglicherweise wird bereits bei dieser Besprechung der Gedanke einer späteren besonderen Konferenz zur Behandlung der anderen Fragen und eventuell auch einer weiteren Konferenz zur Erörterung der Reparationsfragen besprochen werden.